

# Rossische Zeitung



# Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Reise und Wandern“ — Donnerstag: „Recht und Leben“

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein-Verlag: Georg Bräuer, Berlin. Redakteur: Hans A. Handstein; Carl Meißner, Berlin. Druck: Ullstein-Verlag, Berlin.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 23-26

Postansprech-Strasse Ullstein: Amt Dönhof 1/1 3600-3665. für den Fernverkehr: Amt Dönhof 3666-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 690.

## Amerika begrüßt „Europa“

New York, 25. März / Ullstein-Nachrichtendienst  
Aber dem Andros Rumor und der Rucht von New York liegt auch um die letzte Morgenblätter ein so leichter Nebel und riefst von Zeit zu Zeit blinnde Regen. Die Angehörigen der Passagiere und die Hunderte von Rekruten, die seit 8 Uhr 15 bis zum Ende des Norddeutschen Lloyd in Brooklyn auf die „Amerika“ warten, werden auf eine Geburtsprobe gestellt.

Das Reisenschiff fährt sich vorwärts langsam von der Quarantäne-Anlei nach der Brooklyn Wasserfront. Ein Zollhüter hat die Quarantäne-Einrichtung außer den geltenden Vorschriften der Bundesregierung des Schiffes von Pittsburg, dem Generalconsul von Seattle, Vertretern der Lloyd-Berater in New York und, aus Zweckmäßigkeit, auch noch Berichterstatter und Pressefotografen mitgebracht.

Der Schiffsführer begrüßt und begrüßmüßigt den Führer der „Europa“, Kommodor Johnson. Auf dem Comode mit mittleren ein Mikroskop ausgehakt. Kommodor Johnson, dann Schiffsführer von Pittsburg, dann ein Hauptversteher sprechen zu den reisenden (sich zu allen New-Yorker, Amerikaner Überhaupt und — aber den Großteil in Schwabach —, wenn es gilt, auch zu ihren deutschen Konsulats).

Währenddessen gliedert das Schiff langsam seinen Ankerplatz zu, und die Fotografen und Pressefotografen fangen durch Mikroskope und Ferngläser, daß den Offizieren und Passagieren die letzten dreiviertel Stunden nicht zu eintönig werden.

Unter den Passagieren ist außer Kommodor Johnson, einer die besondere stoffliche journalistische Kapazität: Paul König, der auch, in gerade in Amerika, bestimmte Repräsentanten des Bundes-

Interessos „Deutschland“ zahlreichen Anbenden. Mit erzählt er, daß die „Europa“ natürlich noch bessere Fahrt machen könnte, daß der Lloyd aber wohl kaum solche Anstrengungen versuchen werde, weil die Schiffswörter auf dieser Reise bezüglich des Überdachs gerade die richtige Leistung darstelle. Jede durch eine weitere Schiffswörter des Schiffes bedingte Steigerung des Überdachs bezüglich der Stabilität des Schiffes...  
Durch die Schiffswörter werden immer beständiger die neuen Ballontouristen sichtbar. Die Maschinen haben an beide Seiten des Riesenkreuzes drängen sich „Lugs“ heran und „Angulieren“ den Riesenkomplex in sein Doh. — 10 Uhr 25 Minuten gehen macht er fest. Vom Pier und von den Straßen draußen er hört lautes Hurra-Rufen. Die Reise, die in Bremerhaven am Mittwoch um 1 Uhr mittags begann, hat ihr Ende erreicht. Die deutsche Schifffahrt hat einen neuen Rekord aufgestellt. Jeder an Bord führt die unter füllt mit Glück.

Der Rekord führt ist nicht so groß, als es erst hier: 4 Tage, 17 Stunden, 6 Minuten ist die genaue Zeit von Bremerhaven bis zum Amerika-Schiff, das sind um 38 Minuten weniger, als das Schweißschiff, die „Bremer“, brauchte. Dafür war Kommodor Johnson durch das unglückliche Wetter gezwungen, einen anderen, etwas längeren Kurs zu fahren. Das freizet die tollstühliche Leistung.

In New York wird sie begeistert anerkannt. Das Interesse des Wannes auf der Straße und die große Aufmachung der Fahrberichte in den Zeitungen, die langen Begrüßungsartikel befreiten wieder einmal, wie in den Tagen der Sperrfrist, daß für die Bevölkerung der Vereinigten Staaten alles, was mit einer Verzögerung des Weges vom alten zu ihrem neuen Kontinent zu tun hat, über die praktische Bedeutung hinaus einen gesühnlichen und romantischen Aspekt bekommt. W. Sch.

## Zollwaffenstillstand

Von Dr. Julius Weber, Berichterstatter der „Rossischen Zeitung“ Genf, 25. März

Von den 26 europäischen Staaten, die an der ersten vom Rätebund einberufenen Fall zum europäischen Wirtschaftskongress teilnahmen, haben gelernt aber auch fünfzigjähriger Dauer der Verhandlungen auf die Sonderkonvention, fünfzehn das Programm für die späteren Wirtschaftsverhandlungen und siebzehn die Schlussakte unterzeichnet. Das ist nicht ganz logisch. Denn der letzte Satz der Schlussakte besagt, daß die Konferenz der Ansicht ist, die Regierungen sollten sowohl die Konvention als auch das Programm unterzeichnen. Aber die Regierungen in wirtschaftlichen Fragen angehend noch weniger als in politischen Verhandlungen. Somit wäre es nicht möglich gewesen, daß die Konferenz eine Konvention beschließt, die ihren Inhalt nach am 1. April in Kraft treten müßte, ihrem Wortlaut nach aber bis zum 15. April unterzeichnet werden kann, erst bis zum 1. November ratifiziert zu sein braucht, und für deren Inkraftsetzung in der ersten Novemberhälfte eine neue Konferenz zusammenzutreten soll! Dieses „juristische Konstrukt“ entspricht dem europäischen Wirtschaftskongress. Der sich in den 35 Verhandlungstagen dieser Konferenz offenbart hat. Von dem „brüderlichen Waffenstillstand im Zollkrieg“, den die Konferenz nach dem Punkte der englischen Antizipations auf der letzten Zolltarifunterzeichnung beschließen sollte, ist nicht viel übriggeblieben: eine sehr relative Zollruhe für zunächst ein Jahr bis 1. April 1931 mit eventuell halbjähriger Verlängerung mit sehr vielen Ausnahmen, neuen Tarifverhandlungen und sehr geringen Garantien für mittelfristige und langfristige internationale Handelsabkommen.

Trotzdem wäre es ein billiges Vergnügen, sich um den Nachweis zu bemühen, daß das Ergebnis dieser Konferenz in irgendeinem Kontrast zu ihren ursprünglichen Zielen steht. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß trotz der vielen Erfolge dieser Konferenz, trotz der grundsätzlichen Umgestaltung des Zollkrieges, trotz zahlreicher Verbesserungsanträge, die ebenso zahllose Sitzungsfunden gefordert haben und trotz warmer offenen und vieler verdienstlichen Saldoberechtigungen die Konferenz schließlich nicht mit einem Mißerfolg geendet hat.

Die Aufgabe der Konferenz war zweifach: einmal sollte sie eine gewisse Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen und ferner das Programm für jene wirtschaftlichen Verhandlungen anarbeiten, die während der Stabilisierungsperiode zum Zwecke einer Organisation des heute gänzlich unorganisierten Wirtschaftslebens Europas geführt werden sollen. Was Wunder also, daß sich gegen die Stabilisierung, die eine Zollruhe bedeutet, alle diejenigen wandten, die im Augenblick nicht genügend beschäftigt zu sein und nicht genug zu verdienen glauben, und daß sich gegen die Umwandlung in einer Ordnung sofort alle erhoben, die von der Umordnung Nutzen haben oder künftig davon profitieren zu können hoffen. Man sieht also, daß so ziemlich alle im Wirtschaftsleben stehenden Elemente sich gegen das wirtschaftspolitisch als notwendig erkannte Ziel zusammenfinden mußten. Das Ergebnis demnach, was nach einer allzu brutalen Abgabe des Zollkrieges demnach, die in Folge dieses Abgabes die Wirkung verheerliche, trat die erste ernste Krise der Konferenz ein, als die französische Regierung in Genf erklärte, sie könnte das vorgeschlagene Verfahren einer allgemeinen und gleichmäßigen Zollstillfrierung nicht mitmachen. Was sie stattdessen vorschlug, war die Verhängung des Handelsvertragsystems für ein Jahr mit Bedingung unterbreiten, um gewisse Verhandlungen über eventuellen Zollschritten sowie einen gewissen Zollstillfrierung für die wenigen Staaten ohne Handelsverträge. Das ist im wesentlichen das System der geltend beschlossenen Konvention. So man aber auf dem komplizierten und abschließlichen Weg handelsvertraglicher Abmachungen (sogar Einzelhandeltarife) so fassen notwendigweise hunderte kleine und große Schutzverträge zum Vordringen, als beinahe jeder Nation zumunten dieses oder jenes Handelsvertrages an. Von diesen vielen Angriffen trägt die Konvention am 24. März deutliche Spuren, und ob sie wirklich lebensfähig bleibt, wird erst die November-Konferenz erweisen können.

## Endkampf um die Steuern

Im Ansehn des Reichstages die fortgesetzte Beratung der Steuer-Gesetze, im Arbeitssinn, das dem Reichsfinanzminister nach dem Eingangs des Reichstages eingeleitet ist, die Konferenz der Finanzabwickler aller Koalitionsparteien. Seit nach dem Mannheimer Parteitag muß man mit dem Steuerprogramm ernst machen.

Weniger lange zwei Entwurfe vor: das von Kabinett beschlossene Komplex, das inzwischen in der Form von Gesetzentwürfen den Reichstag passiert hat, und das für den Fall des Verlangens der Deutschen Koalition nach dem Quartier der anderen Fraktionen zusammengefaßte Steuerentwurf, dessen herrliche Ziele die erhöhte Biersteuer als Oase für die Bürger war.

Von diesem Entwurf ist nun, seitdem die Bayerische Koalition den Schluß gemacht und bei der Schlußabstimmung über die Baum-Gesetze aus dem Reichstag abgegangen hat, nicht mehr die Rede. Grundzüge der Beratungen sind wieder die Beratungen der Regierung. Aber die beiden Fraktionen der Koalition, Deutsche Koalition und Sozialdemokraten, versuchen, auf dieser Basis noch soviel Vorteile zu erlangen wie möglich ist.

Zunächst hand gehtern die Arbeitslosen-Versicherung zur Debatte. Man hat gleich mit dem schwierigsten Kapitel anfangen und ist im Übrigen der Sachverständigen auch richtig nach zu Grunde gegangen. Die Deutsche Koalition wollte von dem Vordrängen der Regierung 50 Millionen dieser Zusatzen an die Reichsanleihe abhandeln (100 hat 200 Millionen), außerdem sollte die Beitragsverhöhung bis zu 4 v. S. wenn nicht ausgeschlossen, so doch sehrwunder werden. Dafür wurde die Sozialdemokraten nicht zu gewinnen. Als Dr. Reining von Zentrum sagte sich etwas neues. Er meinte, das Zentrum bemühe sich, zwischen den beiden Mittelpartien zu vermitteln, aber wenn eine Verbindung nicht zu erreichen ist, dann werde er sich Zusammenziehen.

Das Wort ermahnt an den Mannheimer Parteitag. Auch hier ist von Konventionen gesprochen worden. Das heißt sich bedrohlicher und trauziger an, als es gemeint ist. Festgestellt wurde, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Das ist sonst das Ende, hier war es als Anfang gemeint. Zwischen 9 Uhr abends hat der Kanzler die Fraktionsführer zu sich gerufen. Die Arbeitslosen-Versicherung wird aus dem Zentrum

der Finanzseite in die der politischen Unterhändler übertragen. Im wesentlichen handelt es sich je auch um eine politische Entscheidung.

Das gleiche gilt auch von der Steuerentwurf für 1931, mit der sich die Finanzabwickler gehen ebenfalls beschäftigen. Hier ist es die Deutsche Koalition, die den Regierungsentwurf, der die Festlegung der Entnahmen vorläßt, gegenüber der Sozialdemokraten verteidigt. Der Entwurf sieht im einzelnen eine Steuerentwurf für 1931 in Höhe von 700 Millionen vor, die sich folgendermaßen verteilen lassen: Posten 200, Einkommensteuer 250, Forderung der Schuldverschuldung 50, Aufschlag der Kapitalsteuerertrag 60 und Senkung der Kapitalsteuerertrag 40 Millionen. Außerdem wünscht die Deutsche Koalition noch weitere 100 Millionen durch Ausgabentilgung und den Verkauf der Rentenobligationen freizumachen.

Auch über diese Fragen kam es zu keiner Einigung. Am Abend wurde in den einzelnen Fraktionsräumen über die Verhandlungen berichtet, ohne daß Beschlüsse gefaßt wurden. Man wünscht eben sich nicht festzusetzen und wird den Fraktionsführern das letzte Wort überlassen.

## Gegen die Abonnements-Gemeinschaft

Ein Gruppe Berliner Privatlektoren-Direktoren unter der Führung von Dr. Gidel hat sich gelegentlich an den Kultusminister mit dem Gesuchen gewandt, dem Betrag, in dem die Abonnementsgemeinschaften zwischen den Staatsbibliothek und den Privatbibliotheken festgelegt werden soll, die Genehmigung zu verweigern.

Sie hat gleichwohl gehen, von Kultusminister empfangen zu werden, damit sie ihre Einwände mündlich vorbringen könne. Der Empfang durch den Kultusminister dürfte heute oder morgen stattfinden. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die gefährliche Gemeinschafts-Steinbröcklein dadurch werden können.